

21.21

Abgeordneter Dr. Rainer Hable (NEOS): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Herr Bundesminister! Es ist interessant zu beobachten, dass die Redner von Rot, Schwarz und Blau gar nicht zum Thema sprechen, sondern Ausflüge in die Historie machen. *(Ruf bei der ÖVP: Der Nächste!)* Ich würde vorschlagen, Sie können das alles in Ihre Fraktionsberichte zum Hypo-U-Ausschuss schreiben. Diskussionsgegenstand jetzt, heute hier ist eigentlich dieses Bundesgesetz, mit dem das Haftungsgesetz-Kärnten erlassen wird. Weiter muss man nicht lesen, das sagt schon alles aus. Der Bund übernimmt die Haftungen für Kärnten, und das erklärt wahrscheinlich auch, dass Sie sich heute eher mit anderen Themen beschäftigen wollen als mit dem, was hier auf dem Tisch liegt und worüber abgestimmt werden sollte.

Der Bund übernimmt die Haftungen für Kärnten – Haftungen, die in unverantwortlicher Weise aufgenommen worden sind, 25 Milliarden € waren es am Höhepunkt. Haftungen für Anleihen, die unverantwortlicherweise gezeichnet worden sind, von Gläubigern, die nichts dabei gefunden haben, Anleihen zu zeichnen, die behaftet waren von einem Bundesland mit einem Budget von 2 Milliarden €, während die Haftungen aber bis zu 25 Milliarden € betragen haben.

Diese doppelte Unverantwortlichkeit: von den Gläubigern, aber auch vom Land Kärnten. Wer trägt jetzt die Konsequenzen für diese Unverantwortlichkeit, für diese Verantwortungslosigkeit? – Die Steuerzahler! Und was hat das bitte mit Marktwirtschaft zu tun? – Marktwirtschaft würde bedeuten, dass diejenigen, die das Risiko getragen haben, auch die Kosten übernehmen, aber da wird das Risiko letztlich immer auf den Steuerzahler übertragen. Das hat mit Marktwirtschaft genau gar nichts zu tun.

Herr Bundesminister, jetzt werden Sie sicherlich gleich sagen: Na ja, die Gläubiger sind ja eh mitbeteiligt worden, dieser Bail-in, diese Gläubigerbeteiligung hat ja eh stattgefunden! Nur: Sie haben uns in der Aussprache mit den Finanzsprechern eine Rechnung versprochen, wo wir das auch hätten nachvollziehen können, was denn jetzt wirklich diese Beteiligung der Gläubiger ist. Diese Rechnung haben wir bis heute nicht bekommen. *(Zwischenbemerkung von Bundesminister Schelling.)* Wahrscheinlich auch deswegen, weil meine Einschätzung, dass de facto die Gläubiger mit 100 Prozent nach Hause gehen, doch der Wahrheit am nächsten kommt.

Das ist so ähnlich wie die Rechnung der Finanzmarktaufsicht, die behauptet, die Insolvenz würde 1 Milliarde € mehr kosten als das, was jetzt gemacht wird, aber auch die legen keine Rechnung vor, die man sachlich nachvollziehen könnte – da kann sich jeder seinen Teil dazu denken.

Was aber eigentlich das Schlimmste dabei ist, schlimmer, als dass die Gläubiger da völlig außen vor gelassen werden und keinen Beitrag mehr leisten, ist noch dieser Tabubruch: der Tabubruch, dass der Bund für Haftungen eines Bundeslandes einspringt. Ohne eine rechtliche Verpflichtung, das zu tun, springt der Bund ein und übernimmt die Haftungen für Kärnten. Das ist ein Freibrief für alle Bundesländer, für jede finanzpolitische Verantwortungslosigkeit in Zukunft. Die Länder können in Zukunft machen, was sie wollen, denn sie wissen: Mit diesem Bundesgesetz haben sie im Endeffekt immer die Möglichkeit, Kosten und Risiken, die irgendwann einmal dann doch schlagend werden, auf den Bund zu überwälzen.

Es wäre, ganz im Gegenteil, eine historische Chance gewesen, Herr Bundesminister, eine historische Chance für die Bundesregierung, endlich eine Föderalismusreform anzustoßen, die diesen Namen verdient. Endlich eine Reform anzustoßen hin zu einem Föderalismus, der wirklich einer ist, und nicht dieser Spendierhosenföderalismus, wo die Landeshauptleute nur das Geld ausgeben, aber für die Einnahmen nicht verantwortlich sind. Diese historische Chance haben Sie verpasst, das wäre eine Verhandlungsmasse gewesen, die Sie zum Beispiel in die Finanzausgleichsverhandlungen mit hineinnehmen hätten können. Diese Chance ist leider verpasst worden – wirklich schade darum. *(Beifall bei den NEOS sowie des Abg. Kogler.)*

21.26

Präsidentin Doris Bures: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Greiner. – Bitte.